

Deutsch-griechische Beziehungen leiden unter dem Schuldenstreit

Die gegenseitigen Anschuldigungen zwischen Athen und Berlin werden immer schärfer. Brüssel bemühte sich indes, beide Seiten zu beschwichtigen.



Auch wenn die Verlängerung des Rettungsprogramms um weitere vier Monate allen Parteien im Griechenlandstreit mehr Zeit verschafft hat, scheinen die politischen und ökonomischen Probleme derzeit so gravierend wie nie zuvor zu sein. Wie das griechische Statistikamt in der vergangenen Woche bekanntgab, ist die dortige Wirtschaft im Schlussquartal des Jahres 2014 um 0,4% geschrumpft. Viele Experten fürchten nun ein erneutes Abrutschen Griechenlands in die Rezession. Die Handlungsfähigkeit der Regierung in Athen wird außerdem durch die geringen Steuereinnahmen weiter eingeschränkt. War man ursprünglich für Januar und Februar von Einnahmen in Höhe von 8,47 Milliarden Euro ausgegangen, so musste man sich schließlich mit lediglich 7,3 Milliarden Euro begnügen, was eine Differenz von immerhin 14% ausmacht.

Doch nicht nur die Wirtschafts-, sondern auch die tiefe Vertrauenskrise zwischen Griechenland und seinen Gläubigern hat sich in der vergangenen Woche weiter zugespitzt. So hieß es am Dienstag von griechischer Seite, Finanzminister Schäuble habe das Vorgehen seines griechischen Amtskollegen Yanis Varoufakis bei den Verhandlungen der EU-Finanzminister in Brüssel als "dummlich naiv" bezeichnet. "Es hat eine offizielle Beschwerde unseres Botschafters in Berlin beim deutschen Außenministerium am Dienstagabend gegeben", gab das Außenministerium in Athen bekannt. Finanzminister Schäuble wies diesen Vorwurf energisch zurück. Varoufakis selbst hatte die Verhandlungen mit Schäuble zuvor im griechischen Fernsehen als "zivilisiert und konstruktiv" bezeichnet. Allerdings sei ihm von deutscher Seite klar gemacht worden, dass die neue Regierung das Vertrauen der Deutschen verspielt habe. Im gleichen Fernsehinterview kritisierte Varoufakis das Vorgehen der EZB gegenüber Griechenland. Diese nehme der neuen Regierung durch ihre Politik "die Luft zum Atmen". Es sei das Ziel der Zentralbank, die anderen Euroländer, den Internationalen Währungsfonds und Griechenland zu einem Kompromiss zu zwingen.

Wochenüberblick

Mo, 09.03.2015

Am Montag hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihr umstrittenes Anleihekaufprogramm begonnen. Bis Ende nächsten Jahres sollen jeden Monat 60 Milliarden Euro in den Währungsraum gepumpt werden. Hierzu wird die EZB Monat für Monat Staatsanleihen von 17 Euro-Staaten erwerben. Ausgenommen sind Zypern und Griechenland, die über das Euro-Rettungsprogramm Finanzhilfen beziehen. Der Anteil der jeweiligen Staatsanleihen am Gesamtvolumen des Programms wird sich nach dem Kapitalschlüssel der EZB richten. Demnach müssten zu rund einem Viertel Bundesanleihen des deutschen Staates gekauft werden.

Kritiker sehen in diesem Punkt eine entscheidende Schwäche des Programms, denn es ist fraglich, ob Banken, Versicherungen, Pensionsfonds und Notenbanken, die insgesamt etwa 80% aller Bundesanleihen besitzen, überhaupt bereit wären, diese zu veräußern. Vor allem solche Bundesanleihen, die vor einigen Jahren erworben wurden, versprechen vergleichsweise hohe Renditen bei gleichzeitig bester Bonität. Hinzu kommt, dass Staatsanleihen laut dem Basel-III-Abkommen von Geschäftsbanken nicht mit Eigenkapital hinterlegt werden müssen, was diese besonders attraktiv für die betreffenden Geldhäuser macht.

Die EZB gab nach der ersten Runde der Anleihekäufe jedoch bekannt, alle Ziele erreicht zu haben. Draghi hatte in der Vergangenheit wiederholt betont, dass man in Zukunft auch bereit sei, Verluste in Kauf zu nehmen, um die Vorgaben zu erfüllen.

Di, 10.03.2015

Frankreich bekommt mehr Zeit beim Abbau seines Haushaltsdefizits, dies gaben die europäischen Finanzminister nach ihrem Treffen in Brüssel am vergangenen Dienstag bekannt. Die Regierung in Paris hat nun bis 2017 Zeit, ihr Haushaltsdefizit unter die vorgeschriebene Grenze von 3% zu senken. Als Gründe für diese Entscheidung nannte die EU-Kommission die umgesetzten Reformen der französischen Regierung sowie das schwierige ökonomische Umfeld, mit dem sich Frankreich derzeit konfrontiert sieht.

Gegen Ende der Woche bemühten sich beide Seiten wieder zunehmend, die Wogen zu glätten. Am Donnerstag trafen sich Griechenlands Ministerpräsident Alexis Tsipras und EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker in Brüssel, um Gespräche über die Lösung des Schuldenstreits zu führen. Zwar sagte Juncker, er sei "mit den Entwicklungen der letzten Wochen nicht zufrieden", einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone schließe er jedoch aus. Juncker distanzierte sich hiermit von Schäuble, der einen "Grexit" kürzlich ausdrücklich nicht ausschließen wollte, da die Entscheidung hierüber allein bei der griechischen Regierung liege.

Tsipras betonte in Brüssel, die derzeitigen Missverständnisse ausräumen und somit die aktuellen Spannungen beilegen zu wollen. Griechenland sei jedoch auf die Solidarität seiner Partner angewiesen, die Athen nicht immer nur Verpflichtungen auferlegen dürften. Auch aus Berlin waren versöhnliche Worte zu vernehmen. "Wir wollen Griechenland ein guter Freund und Partner sein", betonte Regierungssprecher Steffen Seibert am Freitag.

Gleichzeitig bemüht sich Athen um neue Partner bei der Lösung der Krise. So schlossen Griechenland und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in der letzten Woche eine offizielle Partnerschaft, die dem Krisenland vor allem bei der Umsetzung sozial gerechter Reformen zugutekommen soll. Tsipras sagte nach dem Treffen, er fühle sich bei der OECD "wohler als bei manchen anderen Institutionen." Die anderen Partner Griechenlands seien jedoch weiterhin unersetzlich bei der Lösung der Krise.

Ob der Streit zwischen Griechenland und seinen europäischen Partnern beigelegt werden kann, bleibt trotz der Versöhnungsgesten von Tsipras und der Bundesregierung fraglich, denn die ebenfalls an der Athener Regierung beteiligte rechtspopulistische Anel-Partei scheint sich gegen eine solche Annäherung zu sperren. Noch am Samstag warf der griechische Verteidigungsminister in einem Interview mit der "Bild" Finanzminister Schäuble die Führung eines "psychologischen Krieg[es]" gegen sein Heimatland vor. Gleichzeitig warnte er vor einem Dominoeffekt, sollte Griechenland aus der Eurozone ausscheiden.

Von der permanenten Kritik an Deutschland distanzieren sich jedoch immer mehr Mitgliedsländer der Eurozone. Der niederländische Finanzminister Jeroen Dijsselbloem brachte die Meinung vieler Regierungen auf den Punkt, als er in einem Fernsehinterview sagte: " Deutschland ist gerade das [...] bevorzugte Opfer" der griechischen Regierung. Die Gründe für die Krise würden derzeit zu sehr im Ausland gesucht.



Quelle: taesschau.de

Di, 10.03.2015

Die europäischen Finanzminister haben das von EU-Kommissionschef Juncker erarbeitete Investitionsprogramm gebilligt. Vier Länder, darunter Deutschland und Italien, sagten bereits ihre Teilnahme zu. Das Programm sieht vor, insgesamt 315 Milliarden Euro zu mobilisieren, die vor allem von privaten Geldgebern stammen sollen. Um sicherzustellen, dass nicht politische, sondern ökonomische Gründe ausschlaggebend für die jeweiligen Investitionen sind, soll die Europäische Investitionsbank eine zentrale Rolle bei der Auswahl passender Projekte einnehmen.

Mi, 11.03.2015

Wie am Mittwoch bekannt wurde, sind die Industrieproduktion und der Gesamtumsatz des Einzelhandels in China zuletzt weniger stark gewachsen als erwartet. Im Januar legte die Industrieproduktion um 6,8% zu, der Einzelhandelsumsatz wuchs um 10,7%. Für beide Kennzahlen hatten Experten etwa ein Prozent mehr Wachstum erwartet. In der vergangenen Woche gab das Außenhandelsministerium des Weiteren bekannt, dass die Importe im Februar um rund 20% eingebrochen sind, was als Zeichen für die derzeitige Schwäche der chinesischen Wirtschaft interpretiert werden kann. Die Exporte stiegen hingegen um 48,9% im Vergleich zum Vormonat.

Fr, 13.03.2015

Die russische Zentralbank hat den Leitzins erneut gesenkt. Hierdurch sollen Investitionen billiger und so die Konjunktur angeschoben werden. Für das laufende Jahr befürchtet die Zentralbank einen Rückgang der Wirtschaftsleistung von 3,5% bis 4%. Die Inflationsrate werde innerhalb des nächsten Jahres von nun 16,7% auf etwa 9% fallen.

Fr, 13.03.2015

Wie im vergangenen Jahr hat sich der kalte Winter negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung in den USA ausgewirkt. Aus einer entsprechenden Studie der University of Michigan geht hervor, dass sich die Stimmung der US-Verbraucher im März zum dritten Mal in Folge verschlechtert hat. Experten führen die Dämpfung der Kaufkraft vor allem auf den schneereichen Winter zurück.